

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 58 (1964)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : die deutsche Schuld ; Los von der Gewaltpolitik! ;
Zweierlei Kommunismus ; Die chinesische Atombombe ; Vorfaschismus
in den USA? ; Zypern, der Unruheherd

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140924>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

recht befriedigte Leser zu dieser Ausgabe, die so unmittelbar erfassen läßt, wie Shakespeare über allerlei Phantastik und Unwahrscheinlichkeiten der Handlung hinweg, ja oft gerade mit ihrer Hilfe sein dramatisches Genie, seine Lebensweisheit, seine Kunst der Menschenschilderung entfaltet. Durch die Jahrhunderte hin bleibt der rätselhafte Mann aus Stratford unverwüstlich lebendig, der in den Höhen der Gesellschaft so selbstverständlich zu Hause scheint wie in ihren Niederungen und dessen Geheimnis keine gelehrte Forschung jemals wird entschleiern können.

H. K.

WELTRUNDSCHAU

Die deutsche Schuld In diesem Spätsommer war es — woran ja alle Zeitungen erinnert haben — 25 Jahre her, daß der *Zweite Weltkrieg* entfesselt wurde, und 50 Jahre, daß es zum *Ersten* kam. Die vielen Rückblicke auf diese Katastrophen, die man lesen konnte (wenn man Zeit dazu hatte), wären sicher nützlich gewesen, um den Ausbruch eines dritten Weltkrieges verhindern zu helfen, hätten nicht die Westdeutschen, unterstützt von einzelnen britischen und amerikanischen Geschichtsschreibern, wieder alle Künste aufgewendet, um die Schuld an den beiden Kriegen nach Möglichkeit von Deutschland abzuwälzen und «den anderen» aufzuladen. Was hilft es, daß Bundeskanzler Erhard in seiner Gedenkrede am Radio ausrief: «Es darf keinen dritten Weltkrieg geben!», daß er als Ziel seiner Regierung die Herstellung eines «umfassenden, ehrlichen Weltfriedens» erklärte, für den «wir gern Opfer bringen wollen», und alles zu tun versprach, «um zu einer ernsthaften Entspannung beizutragen» — was hilft das, so fragt man sich, wenn der gleiche Erhard alles tut, um eine Entspannung zu verhindern, wenn er die kriegsschwangere «Politik der Stärke» seines Vorgängers womöglich noch scharfmacherischer fortsetzt als Adenauer und entschlossen ist, kein irgendwie wesentliches Opfer für den Frieden zu bringen, nicht einmal die Anerkennung des Daseins eines ostdeutschen Staates oder der seit 19 Jahren tatsächlich bestehenden deutschen Ostgrenze? Wie soll man den Westdeutschen glauben, daß sie jetzt einen «ehrlichen Weltfriedens» wollten, wenn sie wider alle Tatsachen immer noch behaupten, das wilhelminische Deutschland sei 1914 nur aus Versehen in den Krieg «hineingeschliddert», und Hitler (der 1939 immerhin der «Hauptschuldige» gewesen sei) entlasten möchten mit der Vorgabe, er habe «im letzten freie Bahn für seinen Frevel» nur durch seinen Pakt mit Stalin erhalten, wie das auch Erhard wieder erzählt hat?

Es ist nur gut, daß sich die Wahrheit über die beiden bisherigen Weltkriege auch in Westdeutschland mehr und mehr Bahn bricht. Was 1914 betrifft, so trägt dazu erheblich ein schon 1961 erschiene-

nes Buch des Hamburger Professors Fritz Fischer «Griff nach der Weltmacht» bei, das gerade im heutigen «Jubiläumsjahr» heftige Auseinandersetzungen in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit und unter den Fachgenossen Fischers hervorgerufen hat. Ich kenne das Buch noch nicht, entnehme aber Auszüge daraus die (freilich schon längst erwiesene, aber nun neu belegte) Feststellung, daß die Regierung Bethmann Hollweg unter dem Druck des Generalstabs beileibe nichts getan hat, um den Krieg zu verhindern, aber alles, um seinen Ausbruch herbeizuführen und zu beschleunigen. «Jetzt oder nie» — das war die Losung der deutschen Diplomatie und Militärführung; darum ließen die Berliner Verantwortlichen die leichtsinnige Wiener Regierung arglistig gewähren und nahmen die berühmte russische Mobilmachung zum Vorwand, um überstürzt den Krieg zu erklären. Daß sie dabei, durch den Einbruch in Belgien, auch Englands Feindschaft herausforderten, machte ihnen keine Sorgen; Herr von Moltke, der Generalstabschef, sprach es in einer Denkschrift an die Regierung klar aus, daß im Kriegsfall unbedingt die deutsche Armee in das neutrale Belgien einmarschieren müsse, «sonst geben wir die einzige Chance eines schnellen und entscheidenden Sieges preis, den wir brauchen». Von einem «Hineinschliddern» in den Krieg ist also keine Rede; es war alles längst vorausberechnet und wurde mit kühler Überlegung ins Werk gesetzt, als der Mord von Serajewo die «einzigartige und letzte Gelegenheit» bot, Rußland, Frankreich und nötigenfalls auch England zu «zerschmettern».

Die Literatur über 1914 ist zwar schon jetzt unübersehbar reich; schon 1915 erschien bei Payot in Lausanne das Buch «J'accuse!» von einem zunächst ungenannten Deutschen (Richard Grelling), dem zwei Jahre später «Das Verbrechen» aus der Feder des gleichen Verfassers folgte — und dann die lange, lange Reihe von Geschichtswerken, von denen eine hübsche Anzahl noch immer auf meinen Bücherbrettern steht. Fischers vorhin erwähnte Arbeit ist aber doch alles andere als überflüssig gewesen angesichts der verbissenen Weigerung der großen Masse von Westdeutschen, die Tatsachen über den Kriegsausbruch von 1914 endlich zur Kenntnis zu nehmen.

Etwas schwieriger ist es für die Westdeutschen, Hitler zu entlasten; der Kriegswille des «Führers» ist zu offenbar. Um so eifriger bemüht man sich — auch außerhalb Deutschlands, nicht zuletzt in der Schweizer Presse und Literatur —, die Schuld an der Verwirklichung von Hitlers Entschluß Stalin und der Sowjetregierung zuzuschreiben. Es kann natürlich nicht in Frage kommen, hier aufs neue dieses Ablenkmanöver ins rechte Licht zu setzen; es sei aber doch erlaubt, wenigstens ein paar Sätze darüber aus dem Buch des amerikanischen Geschichtsschreibers F. L. Schuman «Soviet Politics at Home and Abroad» («Sowjetische Innen- und Außenpolitik») anzuführen. Schuman weist unter anderem auf die Tagebücher des italienischen Außenministers Ciano (des Schwiegersohnes von Mus-

solini) hin, aus denen klar hervorgeht, daß die deutsche Staatsführung spätestens Anfang August 1939 «unwiderruflich entschlossen» war, Polen anzugreifen. Dieser Entschluß, so stellt Schuman fest, entkräftete die Behauptung, daß «Berlin beschlossen habe, in Polen einzufallen, weil sich Moskau durch den Vertrag vom 23. August verpflichtet habe, neutral zu bleiben. Moskau hat im Gegenteil den Vertrag unterschrieben, weil Berlin bereits beschlossen hatte, in Polen einzufallen, und weil sich Paris und London, obwohl über Polens Gefährdung vollkommen im klaren, immer noch weigerten, die sowjetischen Bedingungen für ein Bündnis anzunehmen. Die ‚Münchner‘ wußten, was die Folgen ihres Beschlusses sein würden. Manche hätten am liebsten Polen im Stich gelassen. Andere hätten lieber der Form halber den Krieg erklärt. Alle zogen die Zerstörung Polens einer Verteidigung Polens durch die Sowjetunion vor. Hitler, Ribbentrop und die meisten ihrer Kollegen nahmen an, Paris und London würden, wenn es darauf ankomme, Warschau preisgeben, wie sie Tschungking, Addis Abeba, Madrid, Wien und Prag preisgegeben hatten . . . Für die Sowjetunion wäre es selbstmörderischer Wahnsinn gewesen, sich zur Hilfeleistung an Polens Regierung zu verpflichten, die jede sowjetische Hilfe verschmähte, oder gegebenen Falles gegen die Angreifer einzuschreiten. Hätte Moskau nichts getan, außer sich neutral zu erklären, so hätte das entweder die Besetzung ganz Polens durch die Nazis bedeutet — eine äußerst gefährliche Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion — oder aber ein verspätetes militärisches Eingreifen (der Sowjetunion H. K.), das gerade die allerschwerste Gefahr geschaffen hätte: einen deutsch-sowjetischen Konflikt mit Paris und London als untätigen Zuschauern . . . Der Kreml wählte das kleinere Übel.» Und die Westmächte, die mit Hitler in München offen gegen die Sowjetunion zusammengearbeitet hatten, waren um ihre Hoffnung betrogen, daß sich Deutsche und Russen gegenseitig vernichten würden . . .

Los von der Gewaltpolitik! Daß sich die Westdeutschen der Erkenntnis der Wahrheit über ihre beiden gescheiterten Kriegsunternehmungen öffnen, ist das mindeste, was man von ihnen verlangen muß, wenn man ihnen glauben soll, daß sie alles tun, um einen dritten (und letzten) Weltkrieg zu verhindern. Darüber hinaus aber muß — das sei doch wieder einmal gesagt — eine *grundsätzliche Abkehr von dem Fehlweg* erfolgen, den die politische Entwicklung Deutschlands spätestens mit der Reichsgründung 1871 eingeschlagen hat, vorbereitet durch Jahrhunderte preußisch-deutscher Gewaltpolitik, bis zurück zu der Eroberung und «Eindeutschung» des slawischen Ostens, die wie kaum etwas anderes die deutsche Seele verdorben und brutalisiert hat. Auch darüber ist in der letzten Zeit viel Gutes gesagt und geschrieben worden. So in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Heft 8, 1964) von

dem Deutschamerikaner George W. Hallgarten, der am Schluß seiner geschichtlich-politischen Studie düster feststellt: «Die Verehrung der Macht, von Generation zu Generation vererbt, hat Deutschland von Katastrophe zu Katastrophe geführt, besonders da sie hier, anders als im Westen, mit dem Haß gegen fremde Völker und das Wesen der Demokratie gepaart ist. Das alles führte schließlich zu dem abscheulichsten und böartigsten Schauspiel, das die Weltgeschichte kennt.» Finde sich niemand, gegen den Versuch einer neuen gewalttätigen Lösung der deutschen Frage anzukämpfen, so werde Deutschland — meint Hallgarten — «ins dritte Jahrtausend n. Chr. in einer noch weit schlimmeren Verfassung eintreten als heute, ein leerer geographischer Begriff, ein Gebiet bevölkert von Leuten, die sich weder kennen noch verstehen, ein Opfer der Machtpolitik und der Interessen gesellschaftlich verschieden gearteter Großmächte, ja ein Schulbeispiel hierfür, wie Süd- und Nordkorea oder Süd- und Nordvietnam. Muß das sein?»

Nicht unähnlich warnt in der gleichen Zeitschrift (Heft 9) Hermann Rauschnig vor dem «für ein Volk der Mitte besonders unfruchtbaren ‚Griff nach der Gewalt‘», vor dem «Ausweg in die gewaltsame Lösung, in die militärische, wo angeblich eine politische nicht mehr möglich ist». Jeder Versuch, ein europäisches Gemeinwesen zu bilden, müsse so lange politisch unfruchtbar bleiben, als er «*ein Mittel im Kampf gegen den Kommunismus*» sei. «Was die Europapolitik Adenauers als eine Politik alten Stils abstempelt, ist der militaristische Kern in ihr . . . Dies Europa ist nicht als eine Zone des Friedens, des Ausgleichs, der Verbindung, als ein Element in einem werdenden universalen Gemeinwesen konzipiert, sondern als ein Machtinstrument in einem Kreuzzuge gegen einen neuen Erz- und Erbfeind.»

Was Wunder, wenn gerade jetzt wieder die westdeutsche Politik eine Zerfahrenheit und Widersinnigkeit aufweist, die jeder wirklichkeitsgemäßen Zielsetzung hohnspricht! Bundeskanzler Erhard hat als verantwortlicher Leiter der Bonner Europapolitik völlig versagt — *mußte* versagen, weil er Adenauers Borniertheit noch zu übertrumpfen versucht. Und noch immer sind die hundertfünfzigprozentigen «Nationalen» um Strauß und Guttenberg, Krone und Höcherl, Seeböhm und Barzel mit ihm nicht zufrieden. Sie legen es ihm und seinem Außenminister Schröder zur Last, daß sich die Beziehungen zwischen Bonn und Paris bedenklich verschlechtert haben, daß de Gaulle auf seine lieben Deutschen, von denen er beim Abschluß des westdeutsch-französischen Freundschaftsvertrages vor zwei Jahren so begeistert gefeiert worden ist, ernsthaft böse ist und ihnen bittere Vorwürfe macht wegen ihres Mangels an Zusammenarbeit mit ihm in Rüstungsfragen, in der Gestaltung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der Osteuropa-, der China- und der Südostasienpolitik, in den Beziehungen zu Lateinamerika und so fort. Besonders übel nehmen

es Erhard die nationalistischen Scharfmacher, daß er sich auf eine Aussprache mit Chruschtschew einlassen will, der seinen Besuch in der Bundesrepublik für das nächste Frühjahr angesagt hat; er dürfe mindestens solange nicht kommen, als er sich nicht für den geheimnisvollen «Giftgasanschlag» gegen einen deutschen Abhörtechniker — also einen Spionageabwehrmann — entschuldigt habe, der während eines Gottesdienstes in dem berühmten Kloster Sagorsk bei Moskau verübt worden sei.

Kurz, sogar Erhard und seine Kollegen werden als «weich» und national unzuverlässig verrufen, weil sie auf der «amerikanischen Linie» bleiben, die, wenn auch zögernd und zweideutig, einmal doch zu einem Nichtangriffspakt mit Moskau führen könnte. Welch glänzende Gelegenheit für eine *wirkliche sozialdemokratische Opposition*, in dieses ganze fürchterliche Durcheinander mit fester Hand hineinzugreifen und eine Wendung in der westdeutschen Außenpolitik vorzubereiten, die endlich von der unseligen Vergangenheit wegführen und den Weg zu einer europäischen Friedenspolitik freimachen würde! Aber auch welcher Jammer, daß die westdeutschen Sozialdemokraten noch stolz auf ihre Gemeinschaft mit den Regierungsparteien in den grundlegenden Fragen der Militär- und Außenpolitik sind! Ihre jüngsten Erfolge bei den Gemeindewahlen in Nordrhein-Westfalen und zum Teil auch in Niedersachsen, die sie als verheißungsvollen Auftakt zu den nächstjährigen Bundestagswahlen auslegen, werden ihnen gar nichts helfen, wenn sie einen allfälligen Eintritt in die Bonner Regierung nur dazu gebrauchen, die alte Macht- und Gewaltpolitik erst recht zu stützen und damit einen weiteren Zusammenbruch unabwendbar zu machen. Wo aber sind die Kräfte in der Bundesrepublik, die die westdeutsche Außenpolitik auf eine *neue* Bahn zu bringen vermöchten?

Zweierlei Kommunismus In dem vorhin erwähnten Aufsatz Rauschnings wird das Einschwenken Westdeutschlands in die antikommunistische Front als schweres Hindernis für die Schaffung eines geeinigten Europas bezeichnet. Das ist gewiß richtig. Nur vollzieht sich jetzt in dieser antikommunistischen Front selbst eine bedeutsame Umgruppierung. Für die Westdeutschen ist immer noch der Hauptfeind die *Sowjetunion* als das große Hindernis für die Aufsaugung der Deutschen Demokratischen Republik und die Zurückgewinnung der 1945 verlorenen Ostprovinzen. Für die Vereinigten Staaten hingegen tritt im Zuge der aus der Kennedyzeit übernommenen Politik der Annäherung an Moskau mehr und mehr *China* als die Hochburg des Weltkommunismus in den Vordergrund. (De Gaulle wiederum nähert sich China an und möchte sich auch mit der Sowjetunion gut stellen, um der amerikanischen Vorherrschaft in Westeuropa entgegenzuarbeiten und die Bonner Republik zu Frankreich herüberzuziehen.) Und Chruschtschew fördert natürlich die

amerikanische Gegnerschaft gegen die *chinesische* Spielart des Kommunismus. Er will mit den Chinesen nichts mehr zu tun haben und sie nach Möglichkeit weltpolitisch isolieren, weil er erstens die Verständigung mit den Vereinigten Staaten als Grundbedingung eines friedlichen Nebeneinanderlebens der kommunistischen und der kapitalistischen Welt ansieht, und weil er zweitens, auf der Ostflanke seines Reiches entlastet, freiere Hand auf der zunächst wichtigeren Westflanke bekommt und die Hauptkraft der Sowjetunion auf die Abwehr des westdeutschen Ausdehnungsdranges nach dem Osten verlagern kann. Diese doppelte Überlegung steht zweifellos sehr weitgehend hinter seinem Plan, die *chinesischen Kommunisten* aus der (wenn auch noch so locker gewordenen) Gemeinschaft der kommunistischen Parteien *auszustossen*, wenn auch selbstverständlich andere Erwägungen dabei mitspielen und es anfänglich die Chinesen waren, die den schlummernden Gegensatz zwischen den Führungsmächten des Weltkommunismus so bewußt gemacht und verschärft haben.

Moskau treibt nun jedenfalls seinerseits den Gegensatz auf die Spitze. Ein Mittel dazu ist der Feldzug der sowjetischen Presse gegen angebliche oder wirkliche *Gebietsforderungen* Chinas auf Kosten der Sowjetunion, die, besonders als Erbin des zaristischen Rußlands, nicht weniger als anderthalb Millionen Quadratkilometer Land in Ostsibirien und Mittelasien unberechtigterweise an sich gerissen und sich auch in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg gebietsmäßig sehr bereichert habe. Ich zweifle sehr daran, daß es den Chinesen mit diesen Gebietsansprüchen ernst ist; was ihre Zeitungen und ihre Sprecher darüber verlauten ließen, ist wohl in erster Linie als *Anklage* und nicht als *Forderung* gemeint, ist einfach Munition im Kalten Krieg gegen Moskau, der nicht zu einer bewaffneten Machtprobe gegenüber der Sowjetunion führen, sondern nur die moralische Stellung der Russen schwächen soll. Auf der anderen Seite sind auch die sowjetischen Behauptungen über die Verfolgung und Unterdrückung von 35 Millionen Angehöriger der nationalen Minderheiten in China mindestens weit übertrieben, wenn auch die Meldungen über blutige Zusammenstöße zwischen Chinesen und Bewohnern von Sinkiang (im turkestanischen Westchina) einen Wahrheitskern haben dürften und die gewaltsame Unterdrückung des bewaffneten Aufstandes in Tibet durch chinesische Truppen Tatsache ist.

Ob die wilden Anklagen, die hüben und drüben dem Gesprächspartner ins Gesicht geworfen werden, ihren Zweck erreichen, ist jedenfalls mehr als zweifelhaft. Auf nichtchinesischer Seite ist die Lust nicht größer geworden, an der Vorkonferenz der kommunistischen Landesparteien teilzunehmen, die auf den 15. Dezember nach Moskau einberufen worden ist, um die Hauptkonferenz vom nächsten Sommer vorzubereiten, die den Bannstrahl gegen die Chinesen schleudern soll. Bis jetzt hat noch nicht einmal die Hälfte der eingeladenen 26 Parteien vorbehaltlos ihre Teilnahme an der Vorkonferenz

zugesagt, und es ist sogar die Rede davon, daß mit irgendeiner Begründung die Konferenz verschoben oder überhaupt abgesagt wird. Der Widerstand gegen einen Ausschluß der Chinesen aus der kommunistischen Internationale ist eben weit stärker, als man in Moskau angenommen hatte, besonders in so großen Landesparteien, wie es diejenigen Polens, Ungarns, Rumäniens und Italiens sind. Am klarsten kam er in der Denkschrift zum Ausdruck, die Palmiro Togliatti, die Meinung der erdrückenden Mehrheit der italienischen Kommunisten wiedergebend, kurz vor seinem Tod zuhanden der sowjetischen Parteiführung verfaßt hat und die solches Aufsehen in der ganzen Welt erregt hat.

Die Kommunistische Partei Italiens steht sachlich keineswegs auf dem Boden der Chinesen; in der vorletzten Nummer der «Rinascita» (26. September) findet sich beispielsweise aus der Feder des neuen Chefredaktors Pajetta ein Leitartikel, der den chinesischen Standpunkt entschieden ablehnt. Aber Togliatti und seine Gesinnungsgenossen hegen im besonderen zwei Bedenken gegen das von Moskau aus beabsichtigte Vorgehen. Einmal finden sie, daß auf diesem Weg eine sachliche Klärung der ganzen Streitfrage ein hoffnungsloses Unterfangen sei; wem daran gelegen sei, die Chinesen von ihren Irrtümern zu überzeugen und damit zum Nutzen des Kampfes gegen Kapitalismus und Imperialismus die Einheit der kommunistischen Weltbewegung wiederherzustellen, der dürfe den Konflikt nicht durch einen rohen Machtspruch zu erledigen suchen, sondern müsse in geduldigem, versöhnlichem Geist mit den Chinesen verhandeln, die schließlich auch keine unbelehrbaren Fanatiker seien. Zum andern fürchten sie, daß eine Ausstoßung der Chinesen (die ja zur Bildung einer zweiten kommunistischen Internationale führen müßte) den alten Anspruch Moskaus auf diktatorische Beherrschung der kommunistischen Parteien des Westens wiederbeleben und die ganze Bewegung zum Stillstand bringen könne, die auf möglichste Unabhängigkeit der kommunistischen Landesparteien von der Moskauer Zentrale und namentlich auch (was die Ostblockstaaten betrifft) auf eine gewisse wirtschaftliche Selbständigkeit ihrer Länder gegenüber der Sowjetunion ausgeht. Einen eigenen Weg zum Sozialismus zu finden ist ja schon längst ein Hauptanliegen der italienischen Kommunisten, und sie bekommen dabei mehr und mehr die Zustimmung der meisten kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion. I. F. Stone hat schon recht, wenn er in seinem «Weekly» (11. September) schreibt: «In Italien zeigte Togliatti seine Weisheit mit seiner freundlicheren Haltung gegenüber der Kirche und der nichtkommunistischen Linken. Dort und in vielen anderen Ländern sind die Kommunisten eine bedeutende politische Kraft. Eine verständigere Politik von ihrer Seite ist eine wesentliche Bedingung für eine gesündere Welt. Togliatti leistete dazu mit seinem Testament einen großen Beitrag.»

Ob man in Moskau einen neuen Weg suchen wird, um zu einer Entgiftung des russisch-chinesischen Streitfalles zu kommen, ob man dort eine solche Entgiftung überhaupt will, steht dahin. Sicher ist schon jetzt, daß ein Durchdrücken von Chruschtschews Konferenzplan gegen alle Widerstände im eigenen Lager dem Kampf für eine friedliche Welt, die auch eine sozialistische Welt sein muß, unabsehbaren Schaden zufügen würde. Es wäre Sache der nichtchinesischen kommunistischen Parteien, das rechtzeitig den Leuten in Moskau klarzumachen.

Die chinesische Atombombe Inzwischen erwartet man auf Grund von Berichten des amerikanischen Spionagedienstes für die allernächste Zeit den *ersten chinesischen Versuch mit einer Atombombe*. Natürlich wird es Anklagen und Vorwürfe auf die Chinesen nur so regnen, wenn es soweit sein wird. Und wir selbst zögern nicht, den für die nächsten Jahre bevorstehenden Eintritt Chinas in den Kreis der atomaren Militärmächte als weiteren, vielleicht verhängnisvollen Schritt auf dem Weg in die gefürchtete Menschheitskatastrophe abzulehnen und zu bedauern. Dazu haben wir als Gegner *aller* Kernwaffenrüstungen das volle Recht. Aber dieses Recht haben *nicht* diejenigen, die selbst Kernwaffen besitzen (und schon eingesetzt haben!), und die vielen anderen, die den Besitz von Kernwaffen bei den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich billigen oder gar selbst — wie unsere schweizerischen Militärführer — ebenfalls atomare Waffen haben möchten. Vor allem haben dazu kein Recht die *Amerikaner*, die China als ihren Feind Nr. 1 betrachten und behandeln, die mit all ihrer Macht — auch mit Atomwaffen — hinter Tschiang Kai-schek und seinen Kriegsabsichten gegen die Pekingische Republik stehen und mit ihrer Kriegspolitik in Südostasien ganz unverkennbar auf China zielen, ja mehr als einmal — zuerst am Ende des französischen Indochinakrieges — drauf und dran waren, gegen Vietnam, also an den Grenzen Chinas, Atombomben abwerfen zu lassen. Wenn *die* jetzt den Chinesen das Recht absprechen, ebenfalls Kernwaffen zu entwickeln, so ist das reine Heuchelei, die einen nur anwidert.

Aber auch die *Russen* sind fehl am Ort, wenn sie die Chinesen anklagen. In seinem großen Werk «The Other Side of the River» («Die andere Seite des Stromes») schildert der Amerikaner *Edgar Snow*, der schon so viel zur gerechten Würdigung der chinesischen und der sowjetischen Politik beigetragen hat, in aufschlußreicher Art die Geschichte der industriell-militärtechnischen Beziehungen zwischen Moskau und Peking. Solange Chruschtschew innerhalb seiner Partei wie nach außen hin (Ungarn, Polen usw.) Schwierigkeiten hatte, war für ihn die chinesische Unterstützung wichtig genug, um dafür in Form großzügiger industrieller und technischer Hilfe eine Ge-

genleistung als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Und in Peking zählte man damals fest auch auf eine militärische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und China für den Fall eines amerikanisch-chinesischen Krieges. «China», so schreibt Snow, «erhielt in den Jahren 1956/57 Reaktormaterial von Rußland; viele sowjetische Physiker wurden als Berater nach China entsandt, und nach unbestätigten Berichten aus Polen war Rußland bereit, atomare Ferngeschosse an China zu liefern.» Diese Zusammenarbeit hörte aber im folgenden Jahr auf. «Es ist ganz gut möglich, daß erst nach der Formosakrise im Jahre 1958, als Chruschtschew atomaren Schutz für Angriffsunternehmungen im Raum von Formosa, die zu einem Zusammenstoß mit amerikanischen Streitkräften führen könnten, den Chinesen vorenthielt — daß erst dann die chinesische Partei den Plan faßte, eigene Atomwaffen herzustellen.»

Snow erwartet chinesische Atombomben in größerer Zahl erst für 1967 oder 1968, unterstreicht aber sehr stark aufs neue die Notwendigkeit, China endlich in den Kreis der Vereinten Nationen aufzunehmen. «Keine denkbare Weltvereinbarung über die Kontrolle und Beaufsichtigung der Herstellung von Kernwaffen kann wirksam durchgeführt werden ohne Chinas Beteiligung . . . Tschu En-lai wie Mao Tse-tung sagten mir ganz klar, daß keine Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und China möglich sei, solange nicht die amerikanischen Stützpunkte ‚auf chinesischem Boden‘ — das heißt auf Formosa — geräumt sind. Es ist somit wirklichkeitsfern und trügerisch, von Abrüstungsgesprächen Ergebnisse zu erwarten, solange diese Fragen ungelöst bleiben. Wenn Amtspersonen etwas anderes behaupten, so ist das nur eine Art Betrug.»

China politisch anzuerkennen und mit ihm zusammen die Abrüstung zu erstreben — das muß in der Tat die Folgerung aus der chinesischen Atombombe sein, nicht eine weitere Einkreisung und Anfeindung der Pekinger Volksrepublik, die letztthin immerhin ihren 15. Geburtstag feiern konnte und nicht mehr verschwinden wird!

Vorfaschismus in den USA? Es mag einigermaßen vom Ausgang der *amerikanischen Präsidentschaftswahl* abhängen, ob man in Washington allmählich die Hand zu einer friedlichen Verständigung mit China zu bieten bereit ist. Daß mit einem Goldwater an der Spitze der Vereinigten Staaten an so etwas kaum zu denken wäre, liegt freilich auf der Hand. Und die Berichte von drüben lassen auch mehr denn je erwarten, daß tatsächlich Johnson mit großem Vorsprung das Rennen machen wird.* Aber wir

* Goldwater kann dabei von Glück sagen, daß die nun endlich abgeschlossene Untersuchung über die Ermordung Präsident Kennedys keine Anhaltspunkte für eine unmittelbare Beteiligung der reaktionären, rassenhetzerischen Rechten ergeben hat. Allerdings sind auch all diejenigen enttäuscht worden, die sofort von einer kommunistischen Verschwörung zur Beseitigung Kennedys faselten, obwohl doch

müssen dennoch darüber im klaren sein, daß mit einer Niederlage des Senators aus Arizona der «Goldwaterismus» keineswegs erledigt sein wird. Darauf macht die Neuyorker «Monthly Review» (Septemberheft) in dankenswerter Weise aufmerksam. Die Goldwater-Bewegung, so zeigt sie, hat ganz das Zeug zu einer eigentlich *faschistischen Gegenrevolution*, die auch in den USA die Formen und Freiheiten der bürgerlichen Demokratie abschaffen und durch einen richtigen Polizeistaat ersetzen könnte. Was ihr zum Erfolg noch fehlt, das ist die soziale Demagogie, die Verkleidung als sozialrevolutionäre Heilsbringerin, die vor allem einem Hitler gelang, an deren Fehler aber in Amerika McCarthy scheiterte, der im übrigen ein unzweifelhafter Faschist war und die Interessen der jungen amerikanischen Emporkömmlingsschicht, der Neureichen aller Art, ausgezeichnet vertrat. Wenn Goldwater diesen Mangel erkennt und ausgleicht, dann wird er trotz allem ernsthafte Aussicht haben, sich durchzusetzen. Die Gelegenheit ist jedenfalls schon heute günstig. Die amerikanischen Neger werden, wie wir hier wiederholt dargelegt haben, zunehmend radikaler, ja revolutionärer; sie verlieren mehr und mehr die Hoffnung, auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft Gleichberechtigung mit den Weißen zu erringen. Das kann die am weitesten rechts stehenden Weißen reizen, mit einer planmäßigen Gegenrevolution zu antworten. Ob Goldwater und seine Hintermänner sich dazu hergeben werden, ist eine offene Frage. Sicher ist aber, wie die «Monthly Review» glaubt, «daß nur durch Ausbeutung der Rassenfrage, nur dadurch, daß er in wachsendem Maße zum politischen Werkzeug der amerikanischen Gegenrevolution wird, der Goldwaterismus hoffen kann, aus seiner Abdrängung nach rechts herauszukommen und die echte Massenanhängerschaft zu gewinnen, die dem McCarthyismus versagt blieb».

Die jetzt herrschende Klasse, mit dem Großkapital als Kern und Triebkraft, wird sich freilich — anders als zum Beispiel in Deutschland zu Beginn der Hitlerzeit — bemühen, eine solche Entwicklung zu verhindern. Sie wird versuchen, eine mögliche revolutionäre Bewegung der Neger in reformistische Kanäle zu leiten und sie dadurch unschädlich zu machen. Wird es ihr aber auch gelingen? Werden sich die Neger durch Reformen *innerhalb des bestehenden Systems* beschwichtigen lassen? Es ist mehr als zweifelhaft, so wie es überhaupt unwahrscheinlich ist, daß im Rahmen der überlieferten politischen Einrichtungen eine durchgreifende Umgestaltung des amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsbaus erfolgt. Und eben das gibt einer faschistischen Gegenrevolution ihre Erfolgsmöglichkeit. Vergesse man

von vornherein klar war, daß man besonders in Moskau nur Nachteile von einem Verschwinden Kennedys erwarten konnte. Ob mit dem Befund des Untersuchungsausschusses nun alle Zweifel behoben sind, die gegenüber der amtlichen Darstellung von Kennedys Ermordung geäußert wurden, ist freilich eine Frage für sich. Volles Licht über den Hergang der Tat wird wohl überhaupt niemals zu gewinnen sein.

doch auch nicht, daß der amerikanische Kapitalismus schon längst die stärkste und gefährlichste gegenrevolutionäre Kraft *im Weltmaßstab* ist! Er wird das auch bleiben, wenn Johnson als Präsident bestätigt wird. Und wieweit das auf die Innenpolitik der Vereinigten Staaten zurückwirken wird, das zu beobachten wird sicher spannend und erregend sein.

Vom *britischen* Wahlkampf sei hier nicht mehr weiter die Rede; er wird ja entschieden sein, wenn dieses Heft in die Hand des Leser kommt. Wir hoffen, Labour werde gewinnen und auch weltpolitisch eine Kraft zum Guten werden!

Zypern, der Unruheherd Ein Wort aber noch über *Zypern*, dessen Problem zu lösen sich die beteiligten Mächte immer noch vergeblich bemühen. Begreiflicherweise; die Gegensätze sind unter ihnen selbst nach wie vor viel zu groß.

Erinnern wir uns an den Ursprung des Konflikts. Er liegt vor allem darin, daß der großen griechischen Mehrheit auf Zypern als Preis für die Unabhängigkeit des neuen Inselstaates eine Verfassung aufgezungen wurde, die der kleinen türkischen Minderheit Rechte gewährte, wie sie kaum irgendwo eine nationale Minderheit hat. Die ganze Staatstätigkeit — Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung — wurde dadurch von Anfang an unglaublich erschwert, wenn nicht geradezu gelähmt. Wenn zum Beispiel in jeder Stadt, in jedem Dorf mit gemischter Bevölkerung nicht eine, sondern zwei Verwaltungen aufgebaut wurden, so mußte das allmählich zu unmöglichen Zuständen führen. Dazu kam, daß sowohl Griechenland als auch die Türkei das Recht hatten, unter gewissen Umständen mit bewaffneter Macht in die inneren Angelegenheiten Zyperns einzugreifen, und daß Großbritannien nach wie vor Militärstützpunkte auf der Insel unterhalten durfte — beides Bestimmungen, die besonders für die griechische Mehrheit immer schwerer zu ertragen waren. Daß die Regierung Makarios diese Auflagen abzuschütteln suchte und eine neue Verfassung mit *vernünftigen* Minderheitsrechten erstrebte, ist nur zu begreiflich, wenn auch die Art und Weise, *wie* sie das tat, oft falsch war und bei der türkischen Minderheit Widerstand erwecken mußte, ja ihren Führern den Vorwand zu der Forderung gab, Zypern einfach in einen griechischen und einen türkischen Sonderstaat aufzuteilen.

Das wäre nun freilich erst recht unvernünftig, ja unmöglich, wohnen doch griechisch und türkisch redende Zyprioten meistens so dicht nebeneinander und durcheinander, daß eine saubere Trennung einfach zu widersinnigen Zuständen führen müßte. Ein nicht geringer Teil der türkischen Minderheit will denn auch von einer Teilung der Insel nichts wissen, und auch anderwärts leben Türken und Griechen — wenn man sie beide in Ruhe läßt — vollkommen friedlich zusammen. Christopher Lake berichtet zum Beispiel in «Pax et Libertas», dem

Organ der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (Juli-September-Ausgabe): «Auf meinem Rückweg von Zypern Ende Mai besuchte ich Rhodos und sprach mit Mitgliedern der dortigen türkischen Minderheit. Sie sagten alle, daß sie vollkommen zufrieden seien und nicht verstehen könnten, warum auf Zypern soviel Unruhe herrsche. Auf Grund der Bestimmungen über seine Vereinigung mit Griechenland (1947) darf es auf Rhodos keine militärischen Stützpunkte geben.»

Das ist es aber gerade, was die Lösung der Zypernfrage so schwer macht: die zunächst beteiligten anderen Staaten *wollen* Zypern als Stützpunkt für ihre Machtpolitik benützen. Für Großbritannien wie für die Vereinigten Staaten ist Zypern dank seiner geographischen Lage recht wichtig im Blick auf die Möglichkeiten eines militärischen Eingreifens im Mittelosten und auf die Sicherung ihrer Erdöleinfuhr aus den vorderasiatischen Ländern, in denen etwa 60 Prozent aller in der Welt bekannten Ölvorräte lagern. Beide angelsächsischen Mächte wollen außerdem die Türkei nicht vor den Kopf stoßen, die sie als Bollwerk gegen die Sowjetunion brauchen, und neigen darum zu einer Unterstützung der türkischen Minderheitsführer auf Zypern, während die Sowjetunion umgekehrt die Regierung Makarios ermutigt und mit ihr nun sogar einen förmlichen Militärvertrag abgeschlossen hat. Amerika würde sich zwar wohl mit einem Anschluß Zyperns an Griechenland abfinden, aber nur in der Hoffnung, daß dann Zypern wie Griechenland selbst unter den Einfluß der von den USA beherrschten NATO käme. Auf keinen Fall wünscht man in Washington ein unabhängiges Zypern, das womöglich ein nächstliches Kuba würde, und in London denkt man ähnlich.

Noch ist gar nicht abzusehen, wie bei dieser machtpolitischen Sachlage die Zypernfrage gelöst werden kann, auch wenn sich nun endlich der Sicherheitsrat der UNO einigermaßen ernstlich mit ihr befaßt. Und doch gibt es auf die Länge keine Ruhe um Zypern, bevor die Insel ihre volle völkerrechtliche Unabhängigkeit gewonnen hat und frei über ihre Zukunft entscheiden kann. Daß die Rechte der türkischen Minderheit dabei auf vernünftige Weise gewahrt bleiben müssen, ist die einzige Bedingung, die die Großmächte einem voll unabhängig werdenden Zypern stellen dürfen; aber die griechische Mehrheit würde gewiß noch so gern diese Bedingung annehmen, wenn die geplagte Insel damit die Voraussetzung für eine friedliche, gedeihliche Entwicklung ihres wirtschaftlichen und sozialen Lebens gewänne.

6. Oktober

Hugo Kramer